

# Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und  
Handels-Zeitung

115. Jahrgang

**Bezugspreis:** In Leipzig und Oerthe monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,50 M., halbjährlich 6,50 M., jährlich 12,00 M. (Postgebühren eingeschlossen). In anderen Orten 1,50 M. monatlich, 4,50 M. vierteljährlich, 8,50 M. halbjährlich, 16,00 M. jährlich. Ausland: monatlich 1,80 M., vierteljährlich 5,50 M., halbjährlich 10,00 M., jährlich 18,00 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pf. Sonntagshefte 40 Pf.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Reichsanzeigers der Stadt Leipzig, des Königl. Reichsanzeigers, sowie verschiedene anderer Behörden.

**Anzeigenpreis:** In Leipzig und Oerthe die erste Zeile 1,00 M., die zweite 0,75 M., die dritte 0,50 M., die vierte 0,25 M., die fünfte 0,15 M., die sechste 0,10 M., die siebente 0,07 M., die achte 0,05 M., die neunte 0,03 M., die zehnte 0,02 M. In anderen Orten 1,25 M. die erste Zeile, 0,75 M. die zweite, 0,50 M. die dritte, 0,25 M. die vierte, 0,15 M. die fünfte, 0,10 M. die sechste, 0,07 M. die siebente, 0,05 M. die achte, 0,03 M. die neunte, 0,02 M. die zehnte. Sonntagshefte 1,50 M. die erste Zeile, 1,00 M. die zweite, 0,75 M. die dritte, 0,50 M. die vierte, 0,25 M. die fünfte, 0,15 M. die sechste, 0,10 M. die siebente, 0,07 M. die achte, 0,05 M. die neunte, 0,03 M. die zehnte.

Nr. 191

Freitag, den 22. April

1921

## Stimmungsumschwung in Paris

(Von unserem Pariser Mitarbeiter.)

Paris, 19. April.  
Langsam, unauffällig ändert sich der Ton der Pariser großen Presse. Er wird milder, verständlicher — unter der Wucht der Tatsachen.  
Der Plan der französischen Regierung, so wie er noch aus Briand's Senatsrede sich ergab, war so gewesen: England hat innere Schwierigkeiten, Italien steht vor den Wahlen, Amerika ist nach wie vor desinteressiert; Frankreich wird also am 1. Mai allein dastehen. Ein einfacher Meinungsaustausch von Kabinett zu Kabinett genügt, den Alliierten werden nur die französischen „Strafmaßregeln“ in aller Form mitgeteilt und sie im übrigen vor vollendete Tatsachen gestellt. Am 2. Mai rücken Truppen in Essen ein, welches auch der Inhalt der deutschen Vorschläge sein mag.

Dieser Plan ist heute zunichte geworden. Der Meinungsaustausch von Kabinett zu Kabinett genügt eben nicht. Lloyd George hat wenigstens einen Teil seiner Handlungsfreiheit wiedererlangt; in Italien scheint die kommunistische Gefahr nicht so groß zu sein, wie man gewöhnlich annimmt; Amerika ist durchaus nicht geneigt, abseits zu stehen; und endlich: Frankreich sieht sich sehr außerstande, die Behebung und ökonomische Verwertung des Ruhrgebietes vom 2. Mal ab durchzuführen.  
So wird also zunächst in aller Form eine der berühmten interalliierten Konferenzen abgehalten werden. In Paris wahrlich, einlich, und zwar nicht vor dem 2. Mal. Damit die „Verbündeten“ nicht zu sehr ungleich vor aller Welt dort erscheinen, werden ihr vertrauliche Besprechungen der Ministerpräsidenten vorausgehen. Zwischen Lloyd George und Briand ist schon abgemacht, daß sie sich am Sonnabend bei Hyde, in der Villa Sir Saisons in Compne, treffen werden. Sie haben sich manches zu sagen, und es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß sie sich schnell einigen. Der fundamentale Unterschied in ihren Anschauungen besteht darin, daß Briand unter allen Umständen „Pänder“ nehmen will, auch wenn die deutschen Vorschläge für genügend erachtet werden, Lloyd George aber verständlich genug ist, erst diese Vorschläge zu hören, zu verhandeln, und nachher erst, nachdem die Verhandlungen gescheitert sind, zu handeln.

Man kann schon jetzt sagen, daß die französische Presse bemüht ist, Briand die Bekehrung zu erleichtern. Nach alledem, was hier in Paris seit zwei Wochen geredet und geschrieben worden ist, nach all dem Säbelraseln, all den Drohungen, all den Schwüren, all den großen Worten ist diese Wendung ja ziemlich schwierig. Aber gemacht muß sie werden. So erscheint denn heute der erste verständliche Artikel über Deutschlands Vorschläge in einer Pariser Zeitung. Die „Ouvrier“ meint, es wäre „förmlich die Ernsthaftigkeit der deutschen Anerbieten zu leugnen“. Was den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete angeht, spricht sie wie auch andere französische Zeitungen davon, daß sich die Deutschen dem sozialistischen Amsterdamer Programm nähern:  
Die Einwendungen, die man dagegen machen kann, sind zahlreich; jedoch ist der Grundgedanke unbedeutend richtig: Deutschland muß wieder aufstehen, was es zerstört hat. Die Tatsache, daß die Arbeiterverbände selbst teilweise den Vorschlag ausgearbeitet haben, ist uns eine weitere Garantie neben der, die die deutsche Regierung uns geben wird.

Zur internationalen Anleihe: Es ist selbstverständlich, daß das Prinzip einer internationalen Anleihe nur dann angenommen werden könnte, wenn die Laster derselben wirklich und ausschließlich auf Deutschland fallen. Es ist nicht zulässig, daß die Alliierten sich selber entschuldigen müssen, und infolgedessen kann ihr Kredit in keiner Weise in Frage kommen. Aber es wäre ebenfalls unzulässig, daß sie darauf verzichten, Deutschland die Mittel zu verschaffen, seine zukünftige Arbeit mit Hypotheken zu belasten, und zur Zahlung seiner fälligen Schulds die sicheren Ergebnisse seiner industriellen Entwicklung, an der es mit Elver arbeitet, nicht in Betracht zu ziehen.  
Wir können übrigens in dieser Beziehung noch eine weitere Forderung und eine annehmbare öffentliche Summe bekommen. Es scheint sehr, daß die deutsche Regierung den von Ratheben u. verollständigten Plan Arnold Rebers wieder aufnehmen und sich zu einem machen will. Es handelt sich darum, der französischen Regierung für ihre Industrie einen Teil der Aktien der deutschen Aktiengesellschaften zu überlassen. Unter jenen neuen Formen hätte das System der großen Kartelle als isolierte Unternehmen zur Grundlage. Das Interesse daran wäre groß, unter der Bedingung jedoch, daß die Zahl der überlassenen Aktien genügend wäre, ihren Besitzern eine wirkliche Teilnahme an der Leitung der Unternehmen zu sichern, und daß Vorkaufsrechte getroffen würden, um Gewinnbeteiligung zu verhindern.

Endlich bliesen die Deutschen unsere gängliche oder teilweise Befreiung von unseren alliierten Schulden an. Diese Kombination wäre in allen Punkten vollkommen, und wir würden sie mit Begeisterung annehmen. Damit sie uns aber wirklich entlaste, bedarf sie der Zustimmung der beteiligten Verbündeten; man darf eine Schuld ohne Einwilligung des Gläubigers nicht übertragen. Nun aber müssen wir sagen, daß Deutschland nichts getan hat, um sich den Ansehen eines sicheren und zahlungsfähigen Schuldners zu geben; es ist zu befürchten, daß die Amerikaner etwa vorziehen, ihr Guthaben bei uns zu behalten, oder daß sie Pänder fordern, die unsere eigene Sicherheit vermindern.  
Gewiß ist das alles kein gemanztes Gold. Aber wo soll man Geld hernehmen, um solche Schulden zu bezahlen? Und würde Gold sie überhaupt bezahlen? Wir brauchen Arbeit, und die Arbeit hat Kredit nötig. Können wir Deutschland Kredit geben? — Ja, auf gute Pänder. Die werden uns die Deutschen geben, weil sie Schimmerer sonst befürchten. Schreien wir aber nicht zum Vorwand, daß sie nichts taugen, daß sie nichts taugen können. Das wäre das beste Mittel, sie bezahlt zu werden!

Solche Worte hörte man seit langem nicht mehr. Oestern noch wären sie unmöglich gewesen. Meist die Ruh, aber geht ihr vorerst Futter, sonst geht sie auch ein! rief ein anderes Blatt. Die „Liberte“ weist auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Behebung hin. Das überchapanistische Organ schreibt den Deutschen die Absicht zu, ihre Technikern zurückzuführen.  
So würde Deutschland aus dem Ruhrgebiet ein unfruchtbares Land machen, und wir wären genötigt, immer weitere Teile des Reichs zu

## Beschlüsse des Pariser Kriegsrates

Paris, 21. April. In einer Havasmeldung heißt es: Während der Begegnung in Compne wird Briand Lloyd George einen Plan vorlegen, den die besten Köpfe Frankreichs für den Fall ausgearbeitet haben, daß Deutschland bei seiner passiven Resistenz beharrt. Dieser Plan, der morgen beendet sein wird, ist ein Rieberdolog der fünf Berichte, die von verschiedenen Sachverständigen ausgearbeitet wurden. In großen Zügen enthält er u. a. folgenden des Reparationskontos die Erhebung eines Zollzuschlages von 50 bis 70 Franken pro Tonne Kohle, die aus dem Ruhrgebiet kommt. Der Ertrag der Bergwerke wird dem deutschen Personal überlassen bleiben, das aber von französischen Ingenieuren überwacht wird, die auch die Verteilung übernehmen. Deutschland wird kein Interesse daran haben, die Kohlenförderung zu hemmen, da es ja die Verteilung über die Kohlen erhält. Außerdem sind Erleichterungen zum Bezug von Lebensmitteln für die Bewohner der besetzten Gebiete vorgesehen. Man schätzt, daß der Ertrag der Kohlenbergwerke immer noch 70% der früheren Förderung von 275 Millionen Tonnen jährlich ausmachen wird. Diese einjachen und praktischen Maßnahmen wurden von Le Trocquer und verschiedenen Stellen des Arbeitsministeriums ausgearbeitet. Sie wurden einem von Loucheur beauftragten Vorgehen vorgelegt, das noch einschneidender, aber auch viel schwieriger in der Durchführung gewesen wäre. Letzterer Entwurf sah auch die Übernahme des Betriebes durch die Verbänderegierungen für alle Industrien im Ruhrgebiet vor, also nicht nur für die Bergwerke, sondern auch für Eisenwerke, Zugsfabriken und ähnliches mehr. In der Abgabe auf die Kohlenförderung werden noch andere Maßnahmen kommen, z. B. die Verteilung an Industrien, Abgaben auf die Ausfuhr und die ausländischen Werke, die als Bezahlung für die deutschen Kohlenlieferungen nach dem Auslande einbezogen werden um. Dieser Plan wird in seiner Gesamtheit unter Leitung eines Hochkommissars zur Durchführung gelangen.

Paris, 21. April. Im „Echo de Paris“ schreibt Perrin nach Auskünften von zuständigen Stellen sehr ausführlich über die Schwierigkeiten, die sich der wirtschaftlichen Wiederaufbau des Ruhrgebietes entgegenstellen. Ursprünglich wollte man ein eigenes Staatsdepartement, ein „Ruhr“, errichten; aber dieser Plan ist verworfen worden, weil er nur kriegsähnliche Zwangsmaßnahmen geschloffen und mit allen Stützpunkten im. doch nur gerade die Kosten der militärischen Belegung einbracht hätte. Rody Perrin soll die unter anderen Maßnahmen schließlich beschlossene Ausfuhrabgabe 40 vom Hundert betragen. Keine Ware werde mehr nach dem Auslande gehen können, bevor nicht dieser Betrag bei einer von der Wiedergutmachungskommission bezeichneter Bank, wenn möglich in ausländischen Werten, eingezahlt worden sei.

### Englands widerwillige Gefolgschaft

Haag, 21. April. In den englischen Zeitungen wird weiterhin sehr große Zurückhaltung gegenüber den Absichten der Franzosen beobachtet; aber es stellt sich jetzt bereits deutlich die Absicht der englischen Regierung heraus, die neuen Gewaltmaßnahmen als eine von Frankreich ausgehende Aktion, an der England das größte Interesse nimmt, hinzustellen, also nach Möglichkeit die moralische Verantwortung für sie Frankreich zuzuschreiben. Wenn man „Daily News“ glauben darf, würden die Sanktionen dann nicht durchgeführt werden, wenn Deutschland bis zum 1. Mai ein Angebot macht, das für Frankreich annehmbar ist. Man erkennt in dieser Forderung das Bestreben Englands, die

Verantwortung für das, was nun kommt, möglichst Frankreich zu überlassen. Darüber hinaus muß man aber ausdrücklich darauf aufmerksam machen, daß England fortfährt, seinen Industriekrieg gegen Deutschland mit den politischen Wünschen Frankreichs zu verketten. Selbst in den liberalen Zeitungen findet sich jetzt die Besart, daß zwar nicht Deutschland, wohl aber die „Stinesse“ bezahlen können und bezahlen müssen. Immerhin hat man den Eindruck, daß in Compne zwischen Lloyd George und Briand eine sehr ernste Aussprache erfolgt wird. Man muß davon ausgehen, daß politische Gründe erster Ordnung die widerwillige Nachgiebigkeit Englands gegenüber Frankreich bestimmen, und daß der Industriekrieg Englands gegen Deutschland nur dem letzten Entschluß entspricht, aus einem an sich schlechten Geschäft einen möglichst großen Nutzen zu ziehen. Das Risiko, das England läuft, indem es seine Politik gegenüber Deutschland der französischen unterordnet, ist so groß, daß einige Ueberredungen im Hinblick an die Konferenz von Compne nicht ganz ausgeschlossen sind. In sehr gut informierten Kreisen Hollands hält man die Durchführung der neuen Sanktionen kurz nach dem 1. Mai für unabwendbar.

London, 21. April. „Daily Chronicle“ schreibt zu der Befriedung in Compne, da die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen aus dem Vertrag von Versailles nicht nachgekommen sei, sei es noch möglich der britischen, französischen und der anderen alliierten Regierungen unbedingt erforderlich, die weiteren Schritte, die nötig sind, um die Durchführung des Vertrages zu erzwingen, zu erörtern und zu beschließen. Für das britische Kabinett sei es notwendig, festzustellen, welches die französischen Pläne seien, inwieweit es seiner Ansicht über irgendeine geplante Aktion Ausdruck gebe. Es bestehe aber großer Grund zu der Erwartung, daß in den Grundfragen Einigkeit herrsche und daß ein gültiges Uebereinkommen zwischen den Engländern und Franzosen über die zu ergreifenden Maßnahmen erwartet werden könne, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

### Wie stellt sich Amerika zu den neuen Vorschlägen?

Paris, 21. April. Eine Berliner Radio-Depesche besagt, daß die neuen deutschen Vorschläge am Sonnabend direkt der Wiedergutmachungskommission übermittelte werden sollen. Bis Mittwochsabend sei aus Washington in Berlin keine Antwort auf das Vermittlungsersuchen der deutschen Regierung eingetroffen. Man erwarte daher, daß die zwischen Dr. Simons und dem Berliner amerikanischen Geschäftsträger Drexel gestiegenen Besprechungen kein Ergebnis mehr haben werden. Von deutscher Seite ist, wie demgegenüber festgehalten werden muß, ausdrücklich erklärt worden, daß ein Erlaßchen am Vermittlung in Amerika nicht gerichtet worden ist. Die hier allierte Radio-Depesche laßt also auf solchen Voraussetzungen. Die Schriftleitung in der natürlich französisch orientierten Redaktion aus Berlin wird weiter gesagt, daß sich innerhalb des Reichskabinetts ernsthafte Meinungsverschiedenheiten über die neuen Vorschläge geltend gemacht hätten. Eine Ministerreise werde immer noch für möglich gehalten.

Der Berliner Korrespondent des „Petit Parisien“ meißel hingegen, daß die Reichsregierung dahin informiert worden sei, daß Amerika grundsätzlich der Überforderung der alliierten Schulden auf Deutschland zustimme, aber darauf verzichten wolle, bei den Verhandlungen eine Vermittlerrolle zu spielen, da der Erfolg dieser Vermittlung sehr zweifelhaft sei.

lefen, was auf die Dauer unsere Kräfte und unsere Hilfsmittel überlegen würde.“

Und noch ein anderes Gespenst taucht am Horizont auf: Die Vereinigung Deutschlands mit dem Stammland. Die Anschließbewegung gewinnt jeden Tag an Boden,“ rief Jacques Bainville stöhnend aus. Tirol, das die Abstammung auf den 24. April festgelegt hat, spottet des Ententesvertrags. Woran die österreichische Regierung selbst pocht auf ihr Recht, die Vereinigung mit Deutschland von dem Völkerverband zu verlangen. Was werden wir tun, wenn sich Österreich in die Arme Deutschlands wirft? Werden wir Soldaten nach Tirol und Steiermark schicken? ...

Schwierigkeiten über Schwierigkeiten. Man hatte sich die Befreiung der Ruhr als militärisches Spielzeug gedacht. Acht Divisionen genügt. Eine geringe Kohlensteuer würde Frankreich jährlich mehr bares Geld liefern, als es jetzt von Deutschland verlangt. Alles war so schön und einfach. Und nun ...  
Um sich selbst den Rückzug zu erleichtern, hofft man auf eine Kabinettskrise in Berlin. Simons wäre schon nach seiner Rückkehr aus der Schweiz in der Minderheit gewesen und von seinen Kollegen arg gelächelt worden. Die frühere Koalition mit Ausschluß der Volkspartei übernehme die Regierungsbildung. Die Sozialdemokraten könnten nicht vergessen, daß sie den Frieden in Versailles unterzeichnet hätten und läßten sich für dessen Ausführung verantwortlich. Sogar von einer Wiederkehr Erzbergers wird wieder gesprochen. (Alle diese Kombinationen sind falsch. Die Schriftleitung.)

Eben lese ich eine offizielle Ankündigung, daß überhaupt keine Befreiung des Ruhrgebietes für den 1. Mai vorgesehen ist. Es würden nur Vorbereitungen getroffen, damit man militärisch und wirtschaftlich bereit sei, im gegebenen Fall einzurücken. Eine schon erfolgte Einberufung zweier Jahresklassen ist wieder rückgängig gemacht worden, ehe sie ausgeführt war. Nur in Lille war sie durch den Uebereifer der Gendarmerie veröffentlicht worden.

Es wird jetzt bekannt, daß die interalliierte Konferenz bestimmt am 2. oder 3. Mai in Paris zusammenzutreten wird. Auf der Tagesordnung steht in erster Linie die Prüfung der deutschen Vorschläge; demgemäß wäre der englische Standpunkt heute schon durchgedrungen, die Zusammenkunft Briand's mit Lloyd George am Sonnabend in Compne eigentlich unnütz. Nun aber werden bei derselben Gelegenheit noch eine ganze Reihe anderer Angelegenheiten behandelt werden. Die oberflächliche Frage, wie sie durch die Abstimmung sich darbietet, wobei dann jedenfalls auch Deutschland gehört werden muß; die orientalische Frage, die mit jedem Tage verwickelter wird und wahrscheinlich lange Verhandlungen erfordert; das Schicksal der Kabel im Stillen Ozean und

die Frage der Insel Jap. Alle diese Angelegenheiten sind so wichtig, ihre Lösung so schwierig, die Interessen der Verbündeten so weit auseinandergehend, daß die Verhandlungen darüber wohl kaum weniger als einen Monat dauern werden.

Den französischen Zeitungen fällt demgemäß jetzt die undankbare Aufgabe zu, das von ihnen selbst ausgewählte Publikum zu beruhigen. In der einen wie in der anderen Sache sind sie ja Meister. Der „Journal“ sagt schon heute morgen, die militärischen Maßnahmen seien nur nebensächlich; Hauptfrage sei, daß Frankreich geholfen werde. Die Sanktionen können diesmal keine moralischen Repressalien, keine Einschüchterungs- und Erpressungsmassnahmen sein. Wie sagte doch Briand? „Der Gendarm geht mit dem Gerichtsvollzieher... wir werden Deutschland mit der Faust am Kragen packen...“ Heute schreibt „Le Petit Parisien“: Jedermann wünscht aufrichtig, daß die deutschen Vorschläge annehmbar seien... London und Rom ortschauen jede Gewaltmaßregel... Nur die Ueberhauptnahmen von rechts sind noch nicht so weit; Perrin etwa im „Echo de Paris“ hofft noch immer von der Regierung „Festigkeit in der Abwehr der deutschen Winkelzüge“. Aber schließlich trägt weder der „Echo de Paris“, noch der „Gaulois“, noch die „Action Francaise“ irgendwelche Verantwortung. Sie stützen hauptsächlich den Wiederaufbau minister Loucheur, der im höchsten Grade persönlich daran interessiert ist, daß der ganze Wiederaufbau in den Händen der ihm ergebenen Unternehmer bleibt.

Vielleicht ist die französische Regierung auch durch den gestrigen Ausgang der Kammerwahl in einigen Departementen ruhig geworden. Ueberall ging nämlich die Stimmzahl des „nationalen Blocks“ ganz beträchtlich zurück, obwohl es sich um durchaus sichere, reine Bauerngebiete handelte. Vor einem Jahre noch wogten die Kommunisten z. B. im Departement überhaupt keine Kandidaten aufzustellen; die Bürgerlichen erzielten damals 58 200 Stimmen, die geeinigten Sozialisten 14 100. Heute erhielten die Bürgerlichen 47 000, die beiden sozialistischen Listen zusammen 21 600 Stimmen, die Kommunisten allein fast 11 000 (bei reiner Bauernbevölkerung). Im Nord“ hatten sich 61 Prozent der Wähler enthalten, in der Dife immerhin noch 30 Prozent; erschreckt rief der „Petit Bleu“ aus: Die Wahlenthaltung einer solchen Anzahl von Wählern ist keine brutale Manifestation, sie ist eine Lektion, eine Lektion, die nicht zu hören ein Verbrechen wäre. Ein solcher Geisteszustand ging zu allen Zeiten den großen Krisen vorher: blutige, vernichtende Revolution, oder blinde Reaktion. Möge es noch Zeit sein, sich aufzuraffen und zu handeln...

Vielleicht hat auch die Regierung Briand das Oestern begriffen...

Auszug der Sozialisten im Landtag

Das Haus beschlußfähig. — Die Abstimmung über die Bewilligung der Ministergehälter verlag.

Die Geschichte des Reichstages nachverleibenden Paraments ist um einen bezügelnden Vorfall reicher geworden. Der heutige Tag fängt an. Die Demokraten geben eine Erklärung ab, worin sie sich darüber äußern, daß die Regierung dem Beschluß des Landtages, eine Hundertsteil der Landespolizei ständig nach Falkenstein zu legen, bis jetzt nicht nachgegeben sei.

So ging denn die Beratung der Etathapitel ihren einseitigen Lauf bis zum Ende des Finanzministeriums, wo die bürgerlichen Parteien durch den Mund des Demokraten Dr. Seyffert läßt und rühmlich erklären lassen, daß sie dieser Regierung, die sich nach wie vor auf die Kommunisten stütze, kein Vertrauen schenken können und infolgedessen weder dem Gesamtkabinet noch dem Finanzministerium im besonderen den Rat bewilligen werden.

Ein Blick genügt, um zu überzeugen, daß die bürgerlichen Parteien heute in der Mehrheit und damit Gewähr im Verzuge war. Darum wandten die sozialistischen Parteien die vom Abg. Feilich empfohlene Maßnahme an und jagen, voran der kommunistische Vorsitz, aus dem Saal. Die Flucht war so kopflos, daß selbst der kommunistische und der unabhängige Schriftführer über jede bessere Sittlichkeit verloren. Der Tag war für die Sozialisten gerettet. Es ist traurig, daß eine Partei, die nicht laut genug von Demokratie und Achtung vor dem Volkswillen reden konnte, in einem Augenblick, wo nationale Würde erste Pflicht eines jeden Deutschen sein sollte, unwürdige Komödien aufführte.

Sitzungsbericht

Im Beginn der heutigen Landtagssitzung gab Abgeordneter Dr. Wemmering im Namen der demokratischen Fraktion folgende Erklärung ab:

Zu der Erklärung, die die Regierung am 19. April zu den Falkenstein-Vorgängen abgegeben hat, habe ich im Namen der Deutsch-Demokratischen Fraktion folgendes zu erklären: Wir misbilligen es, daß die Regierung, ohne vorher zu versuchen, auf verfassungsmäßigen Wege den Landtagsbeschluß zu Anfang 1921 abzuändern, entgegen diesem Beschluß anordnet hat, daß die Landespolizei nur partiell in Falkenstein sein soll. Wir können nicht anerkennen, daß der in Art. 70 der Reichsverfassung vorgesehene Ausschuss der Landtage die Befugnis hat, die Form und den Inhalt des Gesetzes zu ändern, das die Regierung nach dem Inhalt der Verfassung in das Gesamtministerium, die nur einem geringen Teil der Verfassung zugewiesen ist. Dem Inhalt nach entspricht er nicht dem Beschluß, weil darin keine Rede davon ist, daß die verbleibenden Elemente nicht auf Anträge rechnen können. Nach unserer Auffassung entspricht die Behandlung des Landtagsbeschlusses nicht den Verfassungen, die eine parlamentarische Regierung des Landes erheben soll.

Minister des Innern Eisinger äußert, daß nach § 32 der Reichsverfassung die Minister die Angelegenheiten des Reiches und des Landtages anzuführen haben. Der Beschluß des Landtages vom 18. März habe nur auf Ablehnung der Anträge, in der Verbrechen gegen Leben, Eigentum und Gesundheit der Bevölkerung ohne Zustimmung der Landesparlamenten, unter diesen Umständen wäre eine besondere Regierungserklärung unzulässig gewesen. Im übrigen werde in Zukunft im einzelnen genau geprüft werden, ob eine Annulla am Plage sei oder nicht.

Die Demokraten verlangen das Wort zur Erwiderung, das ihnen jedoch nicht erteilt wird. Hierauf kommt ein Antrag Wäcker (D. Vp.) und Gessner zur Beratung, der die Tagesgelder und Reisekosten der Staatsbeamten betrifft.

Minister des Innern Eisinger erklärt dazu, daß eine detaillierte Vorlage bereits ausgearbeitet sei und morgen dem Gesamtministerium zur Bewilligung vorzulegen werde. Die Verordnung lehne sich an die im Reich bestehenden Bestimmungen an und nehme auf die besonderen Verhältnisse Rücksicht.

Darauf zieht der Abgeordnete Wäcker seinen Antrag zurück. Sodann werden Ausschüsse über einzelne Kapitel des Haushaltsplans 1920 errichtet und die Kapitel im einzelnen angenommen. Der Artikel 101 des Reichsverfassungsgesetzes, die Regierung zu erlauben, die Gemeindefinanz in Leipzig mit 2500 Mark für das abgelaufene Jahr zu bewilligen.

Die Erklärung der bürgerlichen Parteien

Bei Kapitel 7 (Etat des Finanzministeriums) gibt Abg. Dr. Seyffert (Dem.) im Namen der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und des Abg. Heßlein (Fr.) die Erklärung ab, die wir bereits in der zweiten Abendausgabe veröffentlicht haben. Schon bei den ersten Worten des Abg. Seyffert maß

sich bei den sozialistischen Parteien eine große Unruhe bemerkbar, woran sie mit Ausnahme des Abg. Müller-Weipzig (Soz.) sturhartig den Sitzungsstapel verlassen, um dadurch das Haus beschlußfähig zu machen.

Abg. Müller (Soz.) bemerkt, daß auf seine Fraktion diese Erklärung der bürgerlichen Parteien wie ein Schlag aus bestem Himmel gewirkt habe. Er betont weiter, daß er selber den Antrag habe, die Beschlußfähigkeit des Hauses anzuzweifeln. Da das Haus nach dem Auszug der sozialistischen beschlußfähig ist, wird die Abstimmung ausgesetzt. Die nächste Sitzung findet am Dienstag, den 29. nachmittags 1 Uhr, statt.

Deutscher Reichstag

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 21. April.

Am Regierungstisch Reichsjustizminister Dr. Heine. Präsident Reiche eröffnet die Sitzung 2.20 Uhr. Die Interpellation Strauß (D. Vp.) über die auswärtige Lage wird in der nächsten Woche beantwortet werden.

Auf der Tagesordnung stehen dann Berichte des Geschäftsordnungs-Ausschusses über Antrag zur Strafverfolgung von Abgeordneten. Der Ausschuss beantragt, die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Reich (Komm.) wegen vorläufiger Verleumdung nicht zu erteilen, für Strafverfolgung wegen Unterdrückung, Verleumdung und Unkundenfalschung aber zuzustimmen. Die Angelegenheit wird nach kurzer Erörterung, an der sich die Abg. Gepp (Komm.), Schmidt-Sachs (Soz.), Wilmann (Unabh.) und Wolz (D. Vp.) beteiligen, an den Ausschuss zurückverwiesen. Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Dr. Heim (D. Vp.), Simon-Schwaben (Komm.), Thomas (Komm.), Dr. Waldenbauer (D. Vp.) und Dr. Weermann (Capr. Vp.) wegen Verleumdung wird nicht erteilt.

Die Sondergerichte

Die Beratung des schleunigen Antrages der Unabhängigen auf Aufhebung der Sondergerichte wird fortgesetzt. Nach dem Antrage Müller-Franken (Soz.) sollen die Sondergerichte auf die Bezirke beschränkt werden, in denen der Ausnahmezustand verhängt war. Jugendliche Personen sollen nur vor den ordentlichen Gerichten abgeurteilt werden, ebenso die leichteren Fälle. Die Angeklagten soll dem Angeklagten rechtlich überlassen werden, die Beweisaufnahme nach der Strafprozessordnung vollziehen zu lassen.

Abg. Warmuth (D. Vp.) Herr Reiche ist mit frommer Ehen an den Vorgängen vorbeigegangen, die zum Erlaß dieser Verordnung geführt haben. In Erläuterung wurden fast sämtliche Kaufleute geländert, bei Reiche über 100 Gebäude zerstört, 30 Werke stillgelegt und über 20 000 Arbeiter erwerbslos gemacht. Der Verlust der Lohnsumme beträgt über 100 Millionen Mark. Diese Dinge kamen nicht unvorhergesehen aus blauem Himmel. Die Rote Fahne hat lange genug zum Auffstand genötigt. Die Regierung hat diese Warnungen nicht ernst genug genommen, aber die als Gegenwehr gebildeten Selbstschutzorganisationen anzuordnen. Die Antwort geben ihr jetzt die rauchenden Trümmer von Treib und Reichenfeld. Nicht ist eine schärfere Kontrolle der Produktion und der Verwertung des Dynamits. Die Verbrennen in Mitteldeutschland zeigen keine Spur von Deutschtum, sondern nur von Rotei und Gemeinheit. Ein solches organisiertes Verbrechen kann nur durch Ansehensvorschriften ausgerollt werden. In der Verordnung sind ausreichende Sicherheiten gegen Mißbräuche vorhanden.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Der Ruf der Arbeiterklasse ist geschändet worden durch Lumpenhandel und Verbrechen. Es handelt sich nicht um Lügendrucker der kapitalistischen Presse. Im Reich Halle hat ein Parteigänger die Abkündigung und Verhaftung von Schutzpolizisten mit ansetzen müssen. (Hört! Hört!) Die verheerenden Führer waren allerdings weit von Schuld. Höflich hat nur eine bittere Pflicht getan. Was die Verordnung anlangt, so fordern außerordentliche Verhältnisse außerordentliche Maßnahmen. Die Rechtspredigt hand freilich noch niemals in so schreiendem Widerspruch zum Volkswillenden wie gerade jetzt. Dem Prozeß Reiche bis zum Prozeß Pfeiffer ist eine einzige Kette klandestiner Vergehensleistungen des Rechtsempfindens. Nur Söhne der Bourgeoisie sprechen die Massenurteile. Kein einziger Kapittel ist verurteilt worden. Mit der Überweisung unseres Antrages an den Reichsausschuss sind wir einverstanden. Die Behauptung, die Sozialdemokratie trage auch die Verantwortung für die Sondergerichte, weil der Reichspräsident der sozialdemokratischen Partei angehört, ist unzutreffend. Der Reichspräsident hat kein Parteimitglied. Was soll es das Geleite von unserer Verantwortlichkeit? Die Herren von der Rechten fördern die kommunistische Agitation. Die Trauerfeier in Potsdam war nichts als eine Ausbeutung der Reaktion. In den Novembertagen wäre kein einziger Diktator nach Potsdam gegangen. Wo waren sie damals im November? Der Mann in Amerongen war ihre Handlungsmasse verurteilt. Der Zusammenbruch des Märzputches ist der Zusammenbruch des Kommunismus.

Reichsjustizminister Dr. Heine: Ich bin gern bereit, in einer Kommission über die Zweckmäßigkeit der Verordnung zu beraten. Oberflächlich betrachtet fallen die Straftaten allerdings ins Auge, aber wenn man die Strafen im einzelnen

betrachtet, erscheinen die Einzelstrafen durchaus nicht zu hoch. Wenn Zeitungsverleger angezeigt werden, sind die Gerichte verpflichtet, sie zu verurteilen, ganz gleich welcher Partei sie angehören. Gemäß dem im Ruhrgebiet eingeführt hohe Strafen verhängt werden. Wohlger wurde aber auch nicht darüber, daß die Strafen zu hoch oder zu niedrig gewesen seien, sondern darüber, daß die Gerichte nicht fertig wurden. Wir wollen den Verstoß der Gerichte vermeiden, deshalb haben wir diese Verordnung vorgeschlagen. Die große Mehrheit der Abgeordneten ist durch das Zusammengehen anmisset worden. Nur die Führer und Urheber des zentralen Unternehmens sind nicht anmisset worden. Die gibt es nicht zu Hunderten, und die wenigen haben wir selber nicht kriegen können. (Lachen links.) Man würde sich durch einen Beschäftigten, daß Erhardt sich in Bayern aufhält. Ich habe sofort den Oberstaatsanwalt mündlich angewiesen, festzusetzen, wo sich Erhardt aufhält. Der Staatsanwalt hat sich mit den Berliner Polizeistellen in Verbindung gesetzt. Der Briefschreiber hat der Polizei aber keine Angaben über den Aufenthalt Erhardts machen können.

Abg. Dr. Grener (D. Vp.): Es gibt in Deutschland zweifelslos Kommunisten, die es erheben meinen: sie sind und gelegentlich bei den Wahlen begeben. Groß ist die Zahl dieser Idealisten nicht. Würden Sie das Gesetz unseres Vaterlandes bestimmen, so würden wir bestimmt daran zugrunde gehen. Der Vertreter der U. S. P. in diesem Hause, Herr Rosenfeld, hat sich grundsätzlich nicht gegen die Aktion der Kommunisten gewendet. Er hat kein Wort des Bedauerns für die Opfer des Volkses gesprochen, kein Wort der Verurteilung für das, was an Menschen, Gut und Blut durch Kommunisten zerstört worden ist. Die feierliche Einstellung der U. S. P. gegenüber diesen Vorgängen ist ebenso schlechthier, wie die einiger kommunistischer Führer, die sich in der kritischen Zeit in Rußland, Italien und sonstwo aufhielten, und jetzt erst unter der Immunität dieses Hauses wieder etwas mehr Mut haben. (Heiterkeit.) Hier wird ja auch nicht mit Landgranaten geschmitten, sondern nur mit Worten. Die kommunistische Partei hat planmäßig auf den Volk hingewirkt. In Mitteldeutschland wollte man sich wie ein Block in den Verkehrsströmen stellen.

(Die Sitzung dauert fort.)

Stegerwald wiedergewählt

Berlin, 21. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung) Die heutige Wahl des Ministerpräsidenten im Preussischen Landtag führte zur Wiederwahl Stegerwalds. Es wurden 21 Stimmscheitel abgegeben, von denen 22 unbeschrieben waren. Die Kommunisten hatten also weiche Stimmscheitel abgegeben. Wählt waren 29 Stimmen, die Mehrheit betrug 175. Stegerwald erhielt 227 Stimmen, der Abgeordnete Braun (Rechtslos) 100, Abg. Ludwig (Unabh.) 21, Buch (D. Vp.) 1 Stimme. Stegerwald ist also mit den Stimmen des Zentrum, der Demokraten, der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Nationalen gewählt. Das Ergebnis der Wahl wurde ohne weitere Kundgebungen ausgemacht.

Nicht Schiffer, sondern Dominicus

Berlin, 21. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung) Wie wir erfahren, ist die Mitteilung sämtlicher Berliner Morgenblätter, daß der demokratische Abgeordnete Schiffer zum preussischen Minister des Innern ernannt sei, falsch. Herr Schiffer hat bereits gestern in der Fraktion die Gründe dargelegt, weshalb er eine Beteiligung an der jetzt gebildeten preussischen Regierung für seine Person ablehne. Es steht nunmehr fest, daß der Führer der demokratischen Landtagsfraktion, Abg. Dominicus, Minister des Innern wird.

Heute preussische Regierungserklärung

Berlin, 21. April. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung) Der preussische Landtag wird morgen bereits um 7 Uhr vormittags zusammenkommen. In der Sitzung wird die Regierung eine Erklärung abgegeben, worauf die Sitzung bis nachmittags 2 Uhr verlag wird. In der Nachmittagsitzung wird von den Parteien zu der Regierungserklärung Stellung genommen werden.

Dr. Horniffs Rücktritt endgültig

Dresden, 21. April. (Drahtbericht unserer Dresdener Schriftleitung) Justizminister Dr. Horniff vertritt in den letzten Tagen folgende Erklärung: Um allen weiteren Erörterungen und Kombinationen über meine Person und Anstellung die Spitze abbrechen, teile ich Ihnen mit, daß mein Entschluß, aus der Regierung zurückzutreten, ein endgültiger ist und daß ich lediglich pflicht- und verfassungsgemäß mein Amt so lange weiter verwaltete, bis sich ein Nachfolger gefunden haben wird.

Die Drücklosgenehmigung. Im Ausschuss des Reichstages für Domänenangelegenheiten teilte ein Regierungsvertreter mit, daß ein Gesuchentwurf über die vorläufige gesetzliche Regelung der Drücklosgenehmigung fertiggestellt sei und in diesen Tagen an den Reichstag und dann an den Reichstag gebracht werde. In das Drücklosgenehmigungsgesetz seien über 4000 Orte aufgenommen worden.

Jorn von Bulach. Der ehemalige deutsche Staatssekretär für Elsaß-Lothringen, Jorn von Bulach, ist im Alter von 72 Jahren in Straßburg gestorben.

Der Ruhm

Eine psychologische Vorlesung.

Von Dr. Hellmuth Falkenfeld.

Nach Schillers Ansicht ist der Ruhm von den irdischen Gütern das höchste Gut. Daran ist wahr, daß es tatsächlich irdische Güter sind, die geringer gewertet werden als der Ruhm, z. B. all die Güter, von denen unmittelbar nur unsere Lebschheit etwas hat, Essen, Trinken, Sinnestrafen im simplen Sinne. Der Ruhm schmeichelt dem Selbstgefühl, während alle übrigen irdischen Güter dem Sinnestrafen nur sich mitteilen. Wer dafür ist der Ruhm zum großen Teil problematischer Natur, gerade wenn man ihn nur als irdisches Gut wertet.

I.

Der Ruhm ist nur ein irdisches Gut, wenn er uns bei Lebzeiten erfreut. Der Ruhm nach dem Tode ist nicht als irdisches Gut anzusehen. Er ist zwar irdisch, aber nicht mehr auf der Erde dessen, der ihn als sein Träger freuen soll und daher kein irdisch Gut. Der Ruhm, der uns bei Lebzeiten erreicht, ist allein der Ruhm, von dem wir unmittelbar leben.

II.

Der Ruhm ist die positive Antwort der Umwelt auf unsere Existenz. Nicht etwa auf unsere Leistungen allein; kann man doch auch berüchtigt werden ohne Leistungen, durch bloßes Erleben, durch irgendeine historische demwürdige Mißata auf unsere Körperlichkeit. Wie berüchtigt sind Martinig und Simola geworden durch ihr unfreiwilliges Zusammenstürzen in die Irre, was berüchtigt werden dürfen Autoren, die eine Obfrisse empfangen. Der Ruhm heftet sich also nicht an unsere Leistungen allein, sondern auch an unsere wertvollen Leistungen allein. Wertvolle Leistung und Ruhm stehen in gar keinem Verhältnis zueinander.

III.

Dieser letzte Satz ist zu korrigieren. Es muß heißen: Wertvolle Leistung und Berühmtwerden stehen in gar keinem Verhältnis zueinander. Berühmt werden nämlich ist nicht schwer, berühmt sein oder bleiben dagegen sehr. Wenn Berühmtwerden nämlich kommt es darauf an, daß der zu Ruhm Gelangte seinen Ruhm nachträglich durch bestimmte Leistungen rechtfertigt. Die öffentliche Aufmerksamkeit ist auf ihn gerichtet und verlangt nun, daß der oft ohne sein Zutun der Berühmt berühmt Gewordene nun durch sein Zutun den Ruhm sich verdient. Gedacht des nicht, so wird der Welt Ruhm berühmt Gewordene in den Danks der Vergessenheit gestürzt.

IV.

Der berühmte Mann hat es durchaus schlechter, als man gemeinhin annimmt. Selbst dann, wenn er den Ruhm anfänglich, durch wertvolle

Leistungen erworben hat. Denn gerade, wenn jemand auf anständige Weise berühmt geworden ist, muß sich der Zweifel erheben, ob er auch tatsächlich durch das in der Handlung in seiner Weise zum Ruhm gelangt ist. Das Berühmtwerden erfordert zwar dauernde Leistung, aber nicht immer unbedingt wertvolle Leistung. Auch die Laichode, daß jemand reichlich Jahre hindurch auf Grund von Leistungen berühmt bleibt, ist noch kein Beweis für den Wert dieser Leistungen, sondern nur ein Beweis dafür, daß er mit seinen Leistungen das Zentrum des öffentlichen Interesses genau zu treffen weiß. Man kann daher beobachten — und dies ist nicht paradox — daß von zwei Jagdenossen, die etwa objektive Gleichwertigkeit leisten, der Unterbühner ein innerliches Uebereignung dem anderen gegenüber besitzt. Ruhm ist also in einer Zeitschrift, die im wesentlichen von Intellektuellen, Künstlern und Schriftstellern geleitet wird, den Brief eines der gelehrtesten (ein nicht wegzuwandelndes Wort unserer Sprache) Autoren unserer Zeit, dessen Romane fast so bekannt sind wie einst die der Nibelung. Und dieser Brief ist ein einziges Um-Entschuldigungs-Einstimmeln; dieser Brief eines Mannes, der in seinem Leben, wie wir sehen, anständigen Menschen, verteilte beutlich die Verlorenheit eines Mannes, der in eine gute Gesellschaft tritt, wo man nicht auf das Berühmtsein etwas gibt, sondern auf die Qualität der Leistung.

V.

Ein gutes Gewissen ist also mehr wert als der Ruhm schlechthin. Wieviel Menschen sind aber heute mit gutem Gewissen berüchtigt? Gewisser nur sehr wenig oder solche, die den Ruhm um das Gewissen überhaupt gebracht hat. Antifaschismus wollte lieber verächtlich sein als genießen. Auch der Ruhm ist ein Gewissen und ein zweifelhafte noch dazu. Denn er ist schlechthin irrational, d. h. wörtlich unansprechbar. Schon der Erfolg ist nicht vorherzusehen, viel weniger der Ruhm, der die populäre Verbreitung des Erfolges darstellt. Der Ruhm nach dem Tode freilich leidet sich meist an der Wert der Leistung, aber er rechnet für den Lebenden nicht mehr unter die Gewinne; er ist für ihn kein irdisch Gut mehr.

VI.

Der aktuelle Ruhm hat nur einen Vorteil: Er imponiert der nachgelassenen Menge; dem profanum vulgus. Der Eingeweihte gerührt durch sein Angenehmes den Schleier, den die Menge des Ruhms um den Berühmten gezogen hat. In Deutschland, dem Land der Fachmänner, ist es ein problematischer Gewinn, berühmt zu sein.

Ein Sommernachtsstraum im Großen Schauspielhaus. Unser Berliner Mitarbeiter schreibt: Während die Menge jetzt zu einem nicht unerheblichen Teil mit Sozialisten besetzt wurde, wird das Parkett des Parktheaters und damit seine renommierte Mittelklasse erweitert, die in Anspruch genommene Theatervorstellung zuzuschauen; denn es wird vorerst ein tiefenhaft großes Theater mit Mammuthäuten und Wägen,

dessen wesentlicher äußerer Unterschied gegenüber dem normalen Theater etwa darin besteht, daß die Darstellungsweise sich multipliziert und die seitlich stehenden sich kräftig anstrengen müssen, um das, was sie schwer zu sehen, wenigstens zu hören. Die Aufführung des Sommerstraums ist ein Prunkstück der Kunst der Schauspielkunst, wahrlich reichliche vor Etzmann; und das ist für Schauspielers tiefe Leidenschaft, für einen Traum inmitten genug. Reinhardt aber war weit je meist für Gründlichkeit, für Betonung jedes Wortes, jeder Szene. So findet er, wann immer die Wachen stark wachen, ein amuseuses Spiel in hübsche Aufführungen, in die volle Partitur Mendelssohn-Verdicht und läßt russische Volkstänze in Schwärmen sein Pianissimo durchschweben. Daß Reinhardt, Eproh einer rabigsten Zeit, das hat, was man sich einer an dem heutigen Bühnenspektrums etwa Leopold Fejervaks entnehmen mag, nämlich Übung, Lust zum Auswachen, weiche Feingebild, kann nicht verkannt werden. Und gleichwohl drängt den geistigen Zuschauer einer solchen Reinhardt-Aufführung an Wunden, den meisten Mängelheiten, „Stimmungen“ vorher der Wunde nach Weltlichkeit zu dem Regisseur eines nicht naturfremden, nicht eklatant verdrängten, nicht programmatisch und grundsätzlich schreien und jagenden Expressionismus. Erwin Reiche.

Der Bund Deutscher Architekten an Rathenau. Zum 60. Geburtstag von Geheimrat Hermann Rathenau spricht der Bund Deutscher Architekten in einem Telegramm dem „westfälischen Führer und begernten Vorkämpfer einer neuen Baukultur, dem klugen Erneuerer des kunstgewerblichen Unterrichts, dem verehrten Meister deutscher Baukunst“ die herzlichsten Glückwünsche aus.

Die japanische medizinische Welt in Deutschland. Die Mitglieder der in Tokio im April tagenden Gesellschaften für Pathologie, Hygiene, Bakteriologie, Innere Medizin, Gynäkologie, Dermatologie, Ophthalmologie, Otologie, Laryngologie und Neurologie haben, wie sie jetzt der Deutschen Medizinischen Wochenchrift telegraphisch mitteilten, einstimmig beschlossen: Nachdem erstverhandelt mit dem Friedensrat der normale Zustand zwischen Deutschland und Japan wiederhergestellt ist, sprechen die japanischen Mitglieder den dringenden Wunsch aus, mit den deutschen und österreichischen Medizinern zur Förderung der Wissenschaft und zur Pflege der Kultur und Zivilisation in freundschaftlichen Verkehr zu treten, genau wie vor dem Kriege, und dafür zu sorgen, daß der geistige Verkehr zu beiderseitigem Nutzen immer lebhafter und inniger wird. Unterzeichnet haben das Telegramm die Vorsitzende der einzelnen japanischen medizinischen Gesellschaften. So sehr man sich freuen wird, daß die Japaner auf die Wiederaufnahme der guten Beziehungen wieder Wert legen, so darf man doch sagen, daß sie bei diesem Verkehr bisher die empfangenden waren, und wir wünschen, daß sie bei dem Verkehr der anderen Ententationen, die uns auch vieles geben können, denselben Geist mögen wecken helfen.





Deutschlands Vermittlungsgesuch an Amerika

Der Wortlaut der Note

Berlin, 21. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsregierung hat durch Vermittlung des amerikanischen Geschäftsträgers in Berlin an den Präsidenten der Vereinigten Staaten folgende Note gelangen lassen:

Im Namen der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes beehren sich die Unterzeichneten, trotz des formell noch bestehenden Kriegszustandes, an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika den Antrag zu richten, in der Reparationsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Summe festzustellen, die Deutschland an die alliierten Mächte zu zahlen hat. Sie sprechen die Hoffnung aus, die Zustimmung der Alliierten zu einer solchen Vermittlung herbeizuführen. Dabei erklären sie feierlich, daß die deutsche Regierung ohne Einschränkungen oder Vorbehalt willens ist, den alliierten Mächten diejenige Summe als Reparation zu zahlen, die der Präsident der Vereinigten Staaten nach eingehender Prüfung und Untersuchung für recht und billig befinden sollte. Sie verpflichten sich hiermit ausdrücklich, seinen Schiedspruch, wie er auch lauten möge, in allen Einzelheiten, sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach, zu erfüllen. Tief durchdrungen von der Berechtigung dieser Bitte und in unzweifelhafter Aufrichtigkeit unterbreitet das deutsche Volk durch seine verfassungsmäßige Regierung dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seinen Antrag. Es hegt die zureichende Hoffnung auf Erwirkung seiner Bitte, und daß nach Recht und Gerechtigkeit eine endgültige Entscheidung gefällt werde zur Erfüllung tief gefühlter Wünsche aller zivilisierten Nationen, zur Abwendung der unabsehbaren Folgen drohender Zwangsmaßnahmen und zur Herbeiführung des Friedens der Welt.

Gez. Fehrenbach,
gez. Dr. Simons.

Washington, 21. April. Die deutsche Note an den Präsidenten Harding ist beim Staatsdepartement eingetroffen.

Zwei Noten

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 21. April.

Die Reichsregierung hat am Donnerstag die neuen Vorschläge, die sie den Alliierten zu machen gedenkt, feierlich am Mittwoch überreicht. Sie trägt die Unterzeichnung des Reichskanzlers und des Ministers Simons und stellt einen unmittelbaren Appell an die amerikanische Regierung dar. Sie ermahnt den Präsidenten Harding, in der Wiederherstellungsfrage die Vermittlung zu übernehmen und die Alliierten zu veranlassen, sich mit einer solchen Vermittlung einverstanden zu erklären. Deutschland sichert ihm dafür zu, daß, wenn die Vermittlung zustande kommt, und der Präsident in einer neuen Untersuchung und Feststellung der von uns zu leistenden Reparationszahlungen beteiligt, Deutschland bereit ist, sich der Entscheidung zu fügen.

Es sind also eigentlich zwei Aufgaben, die der Präsident gebeten wird, zu übernehmen, erstens die Vermittlung und zweitens die inhaltliche Prüfung der uns zukunftsweisenden Forderungen. Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Herr Dresel, hat diesen Schritt der Reichsregierung gebilligt und die Vermittlung nach Washington hergestellt, nachdem frühere Versuche der Reichsregierung, Fühlung mit Washington zu bekommen, vergeblich gewesen waren. Die Antwort des Präsidenten Harding steht naturgemäß noch aus, weil er sich vermutlich erst vergewissern wird, ob die Gegenseite eine Vermittlung überhaupt für zulässig hält. Es ist auch möglich, daß er seinerseits noch Rückfragen an uns stellt, und daß wir ihm weitere Auskünfte geben müssen, ehe er sich entscheidet.

Welchen Erfolg diese beiden Aktionen haben werden, steht natürlich dahin. Man gibt sich in Berlin keinen optimistischen Erwartungen hin, aber man wollte und mußte selbstverständlich alle Wege versuchen, die an den neuen Sanktionen vorbeiführen könnten. Ledat der Präsident die Vermittlung ab, so würde das Reichskabinett zweifellos abermals, auch abgesehen von der neuen Wiederaufbaunote, an die Alliierten direkt herantreten. Die Aussichten wären dann natürlich noch viel schwächer, als sie im Augenblick sind; denn die

Zeit, die noch zur Verfügung steht, verkürzt sich immer mehr, und es scheint doch, daß Frankreich unter allen Umständen ein weiteres Pfand in seine Gewalt bekommen will. Die Sanktionen drohen uns also nach wie vor. Der Reichsminister des Reichens unterhält diese Gefahr nicht. Er hat schon vor der Londoner Konferenz mit maßgebenden Männern der von der Besetzung bedrohten Gebiete alle Möglichkeiten genau durchgesprochen. Trotzdem würde er, wie wir zu wissen glauben, auch unter dem Druck der neuen Sanktionen nicht empfehlen können, daß Deutschland einfach die Pariser Beschlüsse annehme, weil sie undurchführbar sind.

Am Sonnabend werden die beiden leitenden Staatsmänner Englands und Frankreichs bei ihrer Zusammenkunft bereits die beiden neuen deutschen Notenstücke in Händen haben. Am Montag wird der Reichsminister mittags wahrscheinlich den Reichsratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten informieren und am Nachmittag den entsprechenden Ausschuß des Reichstages. Am Dienstag wird er, immer vorbehaltlich der Zustimmung der betreffenden Körperschaften, im Plenum des Reichstages die Interpellationen über die auswärtige Politik beantworten. E. E.

Kriegsrat in Paris

Paris, 21. April. Die militärischen, finanziellen und wirtschaftlichen Sachverständigen sind unter dem Vorherrschaft von Marshall Foch von neuem zusammengekommen und haben die Einzelheiten der militärischen und wirtschaftlichen Fragen der Gebiete festgelegt, die gegebenenfalls im Ruhrgebiete zu besetzen wären. Zwei Berichte über die militärische Organisation wurden behandelt:

- 1. Die Abgrenzung der zu besetzenden Gebiete;
2. Die zur Besetzung nötigen Mannschaften.
Die drei anderen Berichte, rein wirtschaftlicher und finanzieller Art, behandelten:
1. Ausbeutung der Eruben;
2. Die Finanzverwaltung;
3. Die Verpflegung der Bewohner der Besatzungsgebiete.

Die verschiedenen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, die Besetzung erfolgreich zu gestalten, wurden vollständig behandelt. Ein zusammenfassender Bericht über die Beratungen wird Brabant noch vor seiner Abreise nach England vorgelegt werden.

Stegerwald für großzügige Politik

Berlin, 21. April. In dem Blatt 'Der Deutsche', schreibt der preußische Ministerpräsident Stegerwald zur Lage:

Von sozialdemokratischer Seite wird behauptet, das ganze Spiel der letzten Woche sei darauf angelegt gewesen, die Sozialdemokratie aus den preußischen Ministern herauszujammern. Das kann nur jemand behaupten, der die Wahrheit genau umgekehrt oder der meine grundsätzliche Einstellung zu dieser Frage nicht kennen will.

Wenn es meine Absicht gewesen wäre, die Sozialdemokratie von der Mitarbeit im Kabinett auszuschließen, so hätte ich mir in den letzten Tagen recht viel übermenschliche Arbeit sparen können. Die ganze augenblickliche Anstrengung über die preußische Regierungsumbildung betruht zu dem meines Erachtens auf einer grundsätzlichen Verkennung der gesamten politischen Lage. Man läßt leider das Entscheidende momentan außer acht und beschäftigt sich stark mit Fragen zweiter Ordnung. In kurzer Zeit, und zwar ganz gleich, ob die Reparationsfrage durch Sanktionen oder anderweitig ihre Erledigung finden wird, sieht dem Reich eine gewaltige Krise bevor. Erst jetzt im Mai wird das deutsche Volk die ganze Tragweite des Verfallener Vertrages zu fühlen bekommen. Die eigentliche Lebensgeschichte des deutschen Volkes wird erst beginnen. Ueber diese Krise kommen wir weder in Deutschland noch in Preußen hinweg, wenn bei den gegenwärtigen Verhältnissen die beiden Staatsparteien im Reich und in Preußen nicht härgegens ein gegenseitig abgestimmtes Programm aufstellen und auf dieses eine starke parlamentarische Mehrheit verpflichten. Das war und ist das Ziel meines ganzen Bemühens geblieben. Auf anderem Wege scheint mir in den nächsten Jahren eine Steigerung in der deutschen Außen- und Innenpolitik nicht erreichbar zu sein, und ohne Steigerung der Politik ist ein allmählicher Wiederaufstieg des deutschen Volkes nicht denkbar. Was sich in den letzten Tagen in Preußen abgespielt hat, ist meines Erachtens nur der Ausdruck für die tatsächliche Verfallendheit innerhalb des deutschen Volkes, aus der es keine Befreiung ohne ersten Willen und gegenläufige Zugeständnisse geben kann. Die Aufgabe der Stunde aber ist, im Mai unter allen Umständen zu einer aktionsfähigen, großzügigen Politik zu kommen, die eine starke Basis im Parlament und im Volke hat.

Berlin, 21. April. Wie 'Der Deutsche' mitteilt, wird Ministerpräsident Stegerwald voraussichtlich morgen dem Landtage das neue Kabinett vorstellen und in programmatischen Ausführungen die nächsten Aufgaben der Regierung mitteilen. Darauf werden die Vorstehenden der Fraktionen den Standpunkt ihrer Partei mitteilen. Am Sonnabend wird die Debatte über die Regierungsumbildung fortgesetzt werden und mit der Abstimmung über die Vertrauensfrage enden. Dem 'Leipz. Tagebl.' zufolge hatten die in Aussicht genommenen neuen Minister heute vormittag unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten eine Besprechung, in der die Regierungserklärung in ihren Grundzügen erörtert wurde.

Deutscher Reichstag

(Zusatz des Berichtes aus dem 1. Morgenblatt.)

Hg. Dr. Cremer (Dsch. Vpt.) fortsetzend: In demokratischen Anschlägen hat man zur Bewohnung und zum Eintritt in die Rote Armee angefordert. Man hätte es gern gesehen, wenn die Regierung vorbeugend gewirkt hätte. Wenn man hört, daß der Etat der kommunistischen Partei Deutschlands monatlich mit 2 Millionen Mark balanciert (Bewegung), dann wird man doch bedenklich. Wenn man hört, daß fortgesetzt Millionen aus Ausland in die R. P. D. hineingekommen, dann wundert man sich, daß es mit Hilfe des russischen Rubels gelingt, den Vorkauf zu inszenieren. Dieser unangenehme Vorgang, daß ein ausländisches Geld zum Blutvergießen gegen deutsche Mitbürger verwendet wird, veranlaßt gegen das kommunistische Treiben einen tiefen Widerwillen in allen Kreisen des Volkes, auch der Arbeiterklasse (Zustimmung). Eine große revolutionäre Bewegung war das nicht. In Mitteldeutschland ist kein zweiter Lenin oder Trotzki erschienen. Wir haben nur Herrn Holz gesehen, der nun in Gemütskur der Berliner Polizei eingeliefert ist. Gefahr ist noch vorhanden. Die verantwortungslosen Persönlichkeiten, die jetzt die kommunistische Partei führen, bieten uns nicht die Gewähr, daß man von neuen Gewalttaten Abstand nehmen will. Die 'Rote Fahne' fordert neue Todsätze. Die Verbreiter der Plakate, die zu Verbrechen aufordern, müssen natürlich bestraft werden. Ganze Eisenbahnzüge sind zum Entgleiten gebracht, Eisenbahnbeamte sind dabei zu Tode gekommen. Das kann nicht mit einer Geld- oder Haftstrafe abgetan werden. Der Märzputsch ist vorausichtlich das letzte Aufblühen der kommunistischen Bewegung. Wenn der Sozial mit größter Entschiedenheit sich etwaigen neuen Putschversuchen widersetzt, dann werden die kommunistischen Abgeordneten bald in einer drohenden Plech haben. Die U. S. P. muß deutlich sagen, wie sie sich zu den Kommunisten stellt (Lärm bei den Unabh.). Herr Rosenfeld hat

nicht das Recht, sich als Vertreter der Arbeiterschaft aufzuspielen (Lärm bei den Unabh.). Dagegen protestiere ich im Namen von Hunderttausenden von Arbeitern meiner Partei. Die Kommunisten werden sich von den Verbrechen dieses Märzputsches niemals rehabilitieren. (Lärm rechts und auf den Tribünen.)

Hg. Debus (Dem.): Von einer endgültigen Verhütung in Mitteldeutschland ist noch keine Rede. Die Schanddaten an Epo-Soldaten sind schandlos. Wir danken der Sicherheitspolizei für ihr tapferes Verhalten. Die Vorwürfe gegen den Minister Severing sind ebenfalls ungerecht. Die Schutzpolizei muß jetzt in Mitteldeutschland bleiben. Dabei wollen wir keine Rachepolitik treiben. Die Regierung muß der Kontrolle der Sprengstoffe ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. (Beifall.)

In einer persönlichen Bemerkung erklärt Hg. Dr. Kahl (D. Vp.), ein Klerikal habe behauptet, Kahl gehöre dem Fürsorgekomitee für Lungenerkrankte an, welches sich gewerbenmäßig mit dem Schaher von Tilsin und Orden befaßt. Das Gericht hat festgestellt, daß ich weder dem Vorstand dieser Gesellschaft angehört habe, noch im entferntesten mit dem Ausschuhder etwas zu tun habe.

Es folgt die 2. Lesung des Beschlusses über die Prüfung der Fieberthermometer. Das Gesetz wird in 2. und 3. Lesung angenommen. Freitag 2 Uhr: Anfragen, Sondergerichte, Staatsgerichtshof.

Leipzig, 22. April.

Das Abpringen vom Straßenbahnwagen

Das Reichsgericht über die Schadenersatzfrage.

Der Invalide K. in W. nimmt die S. Eisenbahngesellschaft auf Schadenersatz wegen eines Unfalls in Anspruch, der ihm bei einer Fahrt mit einem Zuge der von der Gesellschaft in E. betriebenen Straßenbahn zugefallen ist. Er wurde von dem Anhängerman überfahren und erlitt dabei erhebliche Verletzungen am rechten Knie. Das Oberlandesgericht in Hamm hat im wesentlichen zugunsten des Klägers erkannt. Auf die Revision der Beklagten hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück.

Das Verfassungsgericht kommt zu dem Ergebnis, entweder sei der Kläger von den Ausschleudern herabgefallen oder er sei bei dem Ausschleudern infolge des schnellen Anfahrens des Wagens gefallen, das Klagen lasse sich nicht feststellen. Auf keinen Fall treffe ihn ein Verschulden. Ein solches liege noch nicht vor, wenn der Kläger abgesprungen sei, als der Wagen langsam fuhr. Der Kläger habe annehmen dürfen, der Wagen werde anhalten, wie stets in der letzten Zeit, er habe deshalb bei der Verlangsamung der Fahrt den Wagen verlassen dürfen, wie das auch von zahlreichen Personen geschehe. Die Beklagte behauptet nun, daß der Kläger während der Fahrt abgesprungen sei, findet hierin ein eigenes Verschulden des Klägers und hat ihm hierüber den Eid zugesprochen. Diese Behauptung war erheblich. Das Abpringen von einem in Bewegung befindlichen Wagen enthält, wenn nicht besondere Fälle vorliegen, stets eine Verachlässigung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt und wird auch nicht dadurch entschuldigt, daß die Fahrt eine langsame war. Das tatsächliche Mißgeschick sehr häufig den Wagen rasch im Fahren verlaufen, ändert hieran nichts. Sollte erwiesen werden, daß der Kläger während der Fahrt abgesprungen sei, so wird zu erwägen sein, welche Tragweite dem darin liegenden Verschulden gegenüber der mit dem Betriebe der Straßenbahn verbundenen Gefahr beizulegen ist, wobei auch in Frage kommen kann, ob etwa eine Erhöhung der Betriebsgefahr aus besonderen Gründen anzunehmen ist.

Ein Regosteran. Der älteste Leipziger Regosteran dürfte Herr Gustav Franz Wagner in Grünhainichen (Sa.) sein, der die Leipziger Wästen seit dem Jahre 1861 für die Firma D. H. Wagner & Sohn in Grünhainichen befaßt hat, und zwar bis 1865 als Geschäftsführer und von 1865 an als deren Inhaber bis 1913, dann aber auch noch weiter bis jetzt regelmäßig. Mit der letzten Leipziger Frühjahrs-Mustermesse konnte Herr Wagner auf die stattliche Zahl von 119 bezugsreichen Wästen zurückblicken. Er hat nur ein einziges Mal, und zwar zur 'Cholera-Messe' im August 1866, gefehlt.

Konzert des Orchestervereins 'Harmonie'. Der Orchesterverein 'Harmonie' veranstaltete am Mittwoch im Großen Festsaal des Jenteltheaters ein Orchesterkonzert. Die sämtlichen Orchesterkreise angehörenden Musiker hatten sich mit anerkennenswertem Eifer in das außerordentliche Programm verlegt. Unter der feinsinnigen Stabführung des Dirigenten Alfred Müller gelangten Werke klassischer, romantischer und moderner Meister zum Vortrag. Neben Handys zweiter Londoner Einfolge, voll Feuer in den Sphären und idiomatischer Kantilene im Andante, bildete den künstlerischen Höhepunkt des Abends die unverdient selten gehörte, preisgekrönte Ouvertüre 'Nachtlänge aus Ojima' des Dänen Niels W. Gade, deren fein abgestimmte Klangschönheiten bleibenden Eindruck hinterließen. Außerdem spielte das musikalisch fröhliche Orchester noch Mendelssohns 'Kriegsmarsch aus 'Athalie', Beethovens Ouvertüre zu den 'Geschloßen des Prometheus' sowie Wagners 'Schwungvolle Urkühnen-Suite' und zwei Sätze aus der 'Peer-Gont-Suite' von Grieg, deren zweiter infolge der trefflichen Temponahme wiederholt werden mußte. Den Übergang zum inoffiziellen Teil des Abends bildete eine Opernphantasie aus Puccinis unvergänglichem 'Butterfly'. Die Darbietungen fanden den wohlverdienten Beifall der zahlreich erschienenen Zuhörer.

Fischlinge aus den abgetretenen Objekten! Eine Reihe wichtiger Fragen, an denen wir ideal und materiell lebhaft interessiert sind, baret noch der Entscheidung. In diesen Fragen haben wir mitzureden das Recht und die Pflicht. Wir können aber nur gebiert werden, wenn wir uns zusammenschließen. Darum wollen wir einen Hilfsbund der Fischlinge aus dem abgetretenen Objekten gründen. Hunderttausende Offschlichte sind im Reich, viele Hunderte in Leipzig. Wir wollen uns zusammenschließen, um unsere Interessen zu vertreten. Tegt eure Adressen nieder beim Roten Kreuz, Hauptbahnhof, oder bei Dr. Ernst Jolowetz, Grimmscher Steinweg 13.

Ein vereiteltes Verbrechen.

Weimar, 21. April. (Von unserer Weimarer Schriftleitung.) Drei junge Leute aus Weimar waren von einem 'Kontrollen' gezwungen worden, in einer Villa zu Bad Berka in der Nacht zum Montag einen Einbruchsdiebstahl auszuführen. Man hatte sich auf alles eingerechnet und besonders mit Revolvern und Dolchen versehen. Auf Neben hatten sich die Waffen nach dem Taktat begeben, sie werden jedoch von

Advertisement for Erdal shoes. Text: 'Dauerhaft wird das Leder durch tägliche Pflege mit Erdal-Schuhschwarzleder, deshalb sparc durch Erdal'. Includes an illustration of a shoe.

Advertisement for Winterstein luggage. Text: 'Reisetaschen Winterstein, Hainstraße 2. Ohne Zwischenhandel'. Includes illustrations of suitcases and trunks.





